

Antrag

der Fraktion der AfD

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Für unsere Heimat Rheinland-Pfalz – starke Justiz, effektiver Rechtsstaat

I. Der Landtag stellt fest:

- Der bisherige Personalplanungsansatz für die rheinland-pfälzische Justiz ist nicht ausreichend. Die von Justizminister Mertin angekündigten zusätzlichen Stellen sind begrüßenswert, jedoch noch nicht ausreichend, auch im Sinne eines gesunden Arbeitens sowie der Verminderung von Überstunden. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Rechtspfleger, der Gerichtsvollzieher und der Richterstellen.
- Die Jugendarrestanstalten (JAA) bauen ihre Kapazitäten in Rheinland-Pfalz so aus, dass keine externen Haftplätze im Saarland mehr angemietet werden müssen.
- Im Justizvollzugsdienst bedarf es nicht nur mehr Personals, sondern vor allem einer ausdifferenzierten Besetzung bzw. Schaffung neuer Stellen, z. B. von Übersetzern und Sozialbetreuern, aufgrund der gestiegenen Anforderungen durch ausländische, kulturfremde Häftlinge.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Justiz in Rheinland-Pfalz effektiv und mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu unterstützen und zu modernisieren. Im Bereich der Gerichte ist die elektronische Aktenführung zwingend und vollumfänglich einzuführen;
- weitere Justizvollzugsbeamte und weiteres Fachpersonal für die Justizvollzugsanstalten einzustellen, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden;
- sich für ein respektvolles Verhalten gegenüber Justizbediensteten einzusetzen, insbesondere die verbale und körperliche Übergriffigkeit im Dienstalltag zu bekämpfen und eine schnelle und konsequente Ahndung dieser Angriffe sicherzustellen;
- sich für den Ausbau von Jugendarrestplätzen in Rheinland-Pfalz einzusetzen und deren Kapazität dergestalt zu erhöhen, dass die Anmietung solcher Haftplätze im Saarland ersatzlos entfallen kann.

Für die Fraktion:
Dr. Jan Bollinger